

Name: **Neigungskurs Geschichte 13.1 Klausur 1**

Notenpunkte: Verrechnungspunkte: (von 26) Schnitt:

1) G.F. Kennan erinnert sich wie folgt an die Potsdamer Konferenz (M1):

„Ich kann mich an kein politisches Dokument erinnern, das mich je so deprimiert hätte wie das von Truman unterzeichnete Abkommen am Ende dieser wirren und verwirrenden Verhandlungen. Nicht nur weil ich wußte, dass die Idee einer gemeinsamen Viermächtekontrolle, die man jetzt zur Grundlage für die Regierung Deutschlands gemacht hatte, abwegig und undurchführbar sei. Auch die unpräzise Ausdrucksweise, die Verwendung so dehnbarer Begriffe wie, demokratisch, friedlich, gerecht' in einem Abkommen mit den Russen lief allem direkt zuwider, was siebzehn Jahre Rußlanderfahrung mich über die Technik des Verhandeln mit der sowjetischen Regierung gelehrt hatten. "

- a) Stelle zunächst dar, welche Ziele in Potsdam beschlossen wurden. **6 VP**
- b) Beschreibe am Beispiel von zwei Punkten, ob und wie die Beschlüsse in der Zeit 1945 - 1949 umgesetzt wurden und welche Unterschiede Du in der Umsetzung zwischen den Besatzungsmächten erkennst. **4 VP**
- c) In Potsdam wurden auch Umsiedlungen beschlossen. Stelle dar, **4 VP**
- aus welchem Grund dies beschlossen wurde
 - welche Folgen daraus für Deutschland entstanden

2) Die beiden deutschen Staatsgründungen aus Sicht der Gegner (M2) **12 VP**

Stelle zunächst dar, wie jedes Staatsoberhaupt die Gründung des eigenen deutschen Staates und die Gründung des anderen/ fremden deutschen Staates beschreibt. (also ungefähr so:)

	Perspektive der DDR	Perspektive der BRD
Selbtsicht	1. So sieht die DDR ihre eigene Gründung	2. So sieht die BRD ihre eigene Gründung
Fremdsicht	3. So sieht die DDR die Gründung der BRD	4. So sieht die BRD die Gründung der DDR

Beurteile im nächsten Schritt alle 4 Sichtweisen kritisch (Argumente dafür/ dagegen)

M2 Die beiden deutschen Staatsgründungen aus der Sicht der Gegner

a) Otto Grotewohl in seiner Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949:

Die Handlungen der Regierung werden durch nichts anderes bestimmt als durch die vom Deutschen Volksrat beschlossene, vom 3. Deutschen Volkskongress bestätigte und durch die Volkskammer in Kraft gesetzte Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik. Die Regierung geht aus
5 der ersten unabhängigen deutschen Volksbewegung hervor, sie ist damit die erste unabhängige deutsche Regierung.

Durch ihre Herkunft aus dem deutschen Volke selbst unterscheidet sie sich schon von der auf Grund der Bonner Verfassung errichteten westdeutschen Separatregierung. Die Bonner Verfassung ist nur die
10 Ausführungsbestimmung des Besatzungsstatuts der westlichen Alliierten. Der in Westdeutschland errichtete Verfassungszustand ist keineswegs als der Ausdruck einer eigenen deutschen politischen Willensbildung anzuerkennen. Der westdeutsche Sonderstaat ist nicht in Bonn, sondern in London entstanden. Bonn hat nur die Londoner Empfehlungen,
15 die in Wahrheit Befehle der westlichen alliierten waren, ausgeführt. [...]

Die Westmächte haben das von ihnen feierlich unterzeichnete Abkommen gebrochen. Statt der im Potsdamer Abkommen vorgesehenen Demokratisierung, Entmilitarisierung und Entnazifizierung Deutschlands sind sie bestrebt, die von ihnen besetzten Teile Deutschlands in eine Kolonie zu
20 verwandeln, die mit den traditionellen Methoden imperialistischer Kolonialherrschaft regiert und ausgebeutet wird. [...] Die von Anfang an sorgfältig konservierten Kräfte der deutschen Reaktion, verstärkt durch den in Westdeutschland immer mehr um sich greifenden Neofaschismus, haben mit aktiver Unterstützung der Besatzungsmächte die alten
25 Machtpositionen wieder eingenommen.

O. Grotewohl. Reden und Aufsätze. Bd. I, Berlin (O) 1959, S. 490 f.

b) Konrad Adenauer in einer Regierungserklärung vor dem Bundestag am 21. Oktober 1949:

- Die jüngsten Vorgänge in der Ostzone und in Berlin sind kennzeichnend für den tragischen Weg des deutschen Volkes seit 1933. Sie unterstreichen mit aller Klarheit und Deutlichkeit noch einmal die Zerreißung des deutschen Gebiets in zwei Teile, in einen östlichen Teil, bewohnt von rund 18 Millionen Deutschen, die in der Unfreiheit sowjetischer Satellitenstaaten dahinleben, und einem westlichen Teil mit 45 Millionen Einwohnern, der sich zwar noch nicht im vollen Besitz der Freiheit befindet, in dem aber die Souveränitätsrechte eines demokratischen Staates immer mehr in deutsche Hände gelegt werden und in dem - ich hebe das auf das Nachdrücklichste hervor - die Menschen sich der persönlichen Sicherheit und Freiheit erfreuen, ohne die ein menschenwürdiges Dasein für uns nicht denkbar ist. [...]
- Es wird niemand behaupten können, dass die nun mehr geschaffene Organisation der Sowjetzone auf dem freien Willen der Bevölkerung dieser Zone beruht. Sie ist zustande gekommen auf Befehl Sowjetrusslands und unter Mitwirkung einer kleinen Minderheit ihm ergebener Deutscher. [...]
- Das, was dort geschieht, wird nicht von der Bevölkerung getragen und damit legitimiert. Die Bundesrepublik stützt sich dagegen auf die Anerkennung durch den frei bekundeten Willen von rund 23 Millionen stimmberechtigter Deutscher. Die Bundesrepublik Deutschland ist somit bis zur Erreichung der deutschen Einheit insgesamt die alleinige legitimierte staatliche Organisation des deutschen Volkes. [...]
- Sie erkennt Erklärungen der Sowjetzone nicht als verbindlich für das deutsche Volk an.

Erwartungshorizont:

1) Potsdamer Konferenz:

a) Stelle zunächst dar, welche Ziele in Potsdam beschlossen wurden. **6 VP**

- Demokratisierung: dazu Aufbau demokratischer Strukturen, beginnend in Gemeinden, Wahlen, demokratischen Parteien, Grundrechte...
- Denazifizierung: Umerziehung und Überzeugung des Volkes, Vernichtung der NSDAP, Verhindern, dass Nationalsozialismus wieder erstarkt...
- Politische Dezentralisierung: Schwächung durch Aufteilung, keine zentralen politischen Strukturen, keine zentrale Regierung (außer Kontrollrat)...
- Dekartellisierung: Schwächung durch Zerschlagung von Kartellen und Trusts, aber wirtschaftliche Einheit...
- Demontage: zur Bestrafung und Wiedergutmachung, unterschiedliche Regelungen UdSSR (10%)- Westmächte, Demontage und Entnahme aus laufender Produktion...
- Demilitarisierung: völlige Abrüstung, keine Rüstungsindustrie, Verzicht auf militärische Symbole (Orden, Uniformen...)...

b) Beschreibe am Beispiel von zwei Punkten, ob und wie die Beschlüsse in der Zeit 1945 - 1949 umgesetzt wurden und welche Unterschiede Du in der Umsetzung zwischen den Besatzungsmächten erkennst. **4 VP** z.B.

- unterschiedliche Vorstellung und Umsetzung der Demokratisierung (Aufbau von Parteien und Verbänden ab 1945, Lizenzen durch Militärregierungen, verschiedene Systeme: Westen pluralistisch, dezentral, föderalistisch von unten nach oben. Osten: Identitätstheorie, zentralistisch, Einheitsorganisationen, SED...
- unterschiedliche Durchführung der Denazifizierung, am konsequentesten in USA -Zone (Fragebogen, 5 Kategorien, Beweislast beim Beschuldigten, Persilscheine, „Mitläuferfabriken“, 300000 Personen entlassen) und UdSSR- Zone(Problem: Bekenntnis zum Sozialismus genügt als Beweis antifaschistischer Einstellung, aber 500000 Entlassungen, stärkste Auswechslung der Führungseliten). Oberflächlich und wechselnd in britischer und französischer Zone.
- Dezentralisierung der Wirtschaft: SBZ schnelle Durchführung einer Bodenreform (Zerschlagung des Großgrundbesitzes, großer bäuerlicher Betriebe) und Zerschlagung jeglicher Großindustrie durch Verstaatlichung, in Westzonen langsamere Zerschlagung von Großbanken und Konzernen (v.a. in amerikanischer Zone), Briten strebten nach Sozialisierung

c) In Potsdam wurden auch Umsiedlungen beschlossen. Stelle dar.

4 VP -

- aus welchem Grund dies beschlossen wurde:

um wilde Vertreibungen während und nach dem 2. WK zu beenden, human und geordnet, Vorstellung von einheitlichen Nationalstaaten (ethnische Flurbereinigung)

- welche Folgen daraus für Deutschland entstanden:

Mittellose Aussiedler mussten in einer wirtschaftlichen desolaten Lage integriert werden.

Größenordnung: 5-6 Mio. Große Integrationsleistung wurde in den 50-ern durch

Wirtschaftsaufschwung begünstigt. Politik war gefordert (Lastenausgleichsgesetz, Verteilung über Bundesländer und Dörfer, keine Konzentration)

2) Die beiden deutschen Staatsgründungen aus Sicht der Gegner (M2)

12 P

Stelle zunächst dar, wie jedes Staatsoberhaupt die **Gründung** des eigenen deutschen Staates und die Gründung des anderen/ fremden deutschen Staates beschreibt. Beurteile im nächsten Schritt alle 4 Sichtweisen kritisch (Argumente dafür/ dagegen).
 Jeder Quadrant 3 VP

	Perspektive der DDR	Perspektive der BRD
Selbtsicht	<p>1. So sieht die DDR ihre eigene Gründung: erster unabhängiger, deutscher Staat, deutsche Volksbewegung hat Verfassung erarbeitet. Es gibt eine unabhängige Regierung.</p> <p>Kritisches Urteil: Volkskongressbewegung (1000 Delegierte) zwar groß, aber ohne dauerhafte westdeutsche Beteiligung und ohne politische Entscheidungsfreiheit (kein Parteienpluralismus, Dominanz der SED. Politisch/ militärischer Druck der UdSSR (SMAD)</p>	<p>2. So sieht die BRD ihre eigene Gründung: Noch nicht vollständig souverän, aber eine Demokratie mit persönlicher Sicherheit und Freiheit. Allein legitimierte staatliche Organisation des dt. Volkes (durch 23 Mio)</p> <p>Kritisches Urteil: Nicht souverän bis 1955/1990 (Besatzungsstatut), Freiheitsrechte nach westlichem Demokratieverständnis Genau so wenig durch das Volk/ Wahlbürger legitimiert (keine Volksabstimmung)</p>
Fremdsicht	<p>3. So sieht die DDR die Gründung der BRD: Bonn ist eine Separatregierung nach den Ausführungsbestimmungen des Besatzungsstatuts. Es handelt sich um Beschlüsse der Alliierten, keine deutsche Willensbildung. Es handelt sich um eine imperialistische Kolonialherrschaft. Bruch von Potsdam, da Neofaschismus und Einsetzung alter Eliten</p> <p>Kritisches Urteil: Ausgangspunkt der Staatsgründung waren alliierte Beschlüsse (Frankfurter Dokumente, 6-Mächte Konferenz), Besatzungsstatut existiert ebenfalls, aber deutsche eigenständige Entscheidungen (GG statt Verfassung, Aufbau von unten nach oben über Gemeinden, Länder) Entnazifizierung nicht vollständig</p>	<p>4. So sieht die BRD die Gründung der DDR: Der östliche Teil lebt in Unfreiheit, es handelt sich um einen sowjetischen Satellitenstaat (Befehl der UdSSR). Basiert nicht auf dem freien Willen der Bevölkerung/ nicht legitimiert.</p> <p>Kritisches Urteil: Einschränkung der Freiheitsrechte (sozialistische Definition), Politik der vollendeten Tatsachen wurde/ sollte in Deutschland fortgesetzt werden, Exil Kommunisten werden eingeflogen</p>

